

Positionspapier des Baugewerbe-Verbandes (23.09.2022)

1. Die Beschaffung und Bereitstellung von Energie gehört zur Daseinsvorsorge. Es darf daher keine Umlagefinanzierung zur Rettung angeschlagener Unternehmen geben.
2. Es bedarf eines entschlossenen Vorgehens der Politik für die kommenden Monate und Jahre und darauf aufbauende verbindliche Entscheidungen für Investitionen. Ganz oben auf der Liste der Ziele muss die Versorgungssicherheit stehen, ohne deren Bezahlbarkeit zu vernachlässigen
3. Um Energiesicherheit und die Versorgung mit Rohstoffen zu gewährleisten, müssen alle in Frage kommenden Energieträger geprüft werden! Es darf keine durch Parteiprogramme vorgegebenen Tabus geben.
4. Egal ob Betriebsinhaber, Handwerksmeister, Geselle, Azubi oder Kunde: Alle sind von den hohen Energiepreisen betroffen. Daher muss es staatliche Hilfen für die energieintensiven Betriebe des Handwerks geben. Gleichzeitig müssen die Bürger fair und langfristig entlastet werden. Denn Energie muss bezahlbar bleiben!
5. Nur im Dialog lässt sich diese Energiekrise meistern, bei dem Lösungen gemeinsam erarbeitet werden! So wird Verständnis für und Vertrauen in politische Entscheidungen geschaffen.
6. Politische Ziele müssen realistisch, finanzier- und umsetzbar sein! Ohne den Willen aller Beteiligten, die Umsetzung solcher Ziele kurzfristig zu überdenken und den Zeithorizont anzupassen, lassen sich aktuelle und zukünftige Krisen nicht meistern.
7. Die Preisbildung auf dem Strommarkt muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Strom, der in mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken erzeugt wird, darf nicht alleinig zur Preisbildung herangezogen werden.
8. Um den Ausbau erneuerbarer Energieträger bei der Stromgewinnung zu bevorzugen, sind neue, verlässliche und zielgerichtete Förderinstrumente notwendig — ohne dass hier wiederum die Endverbraucher umlagefinanziert belastet werden.